



EUROPÄISCHE SENIOREN UNION (ESU) *EUROPEAN SENIORS' UNION (ESU)*

ESU- Newsletter SENIOR INTERNATIONAL Nr. 152 (deutsch) 1. Oktober 2017

Mit Sicherheit und Vertrauen Zukunft gestalten !

ESU-Regionalkonferenz bestätigt: Gemeinsames Engagement ist
erfolgsversprechend

Präsidentin Hermans: Dienst am Menschen bleibt Hauptanliegen

MÜNCHEN. Als Vizepräsidentin **Elke Garczyk** mit der CSU den Termin der ersten ESU-Regionalkonferenz in Bayern festlegte, ließ sie sich von zwei Überlegungen leiten: Er sollte nach den Wahlen zum deutschen Parlament liegen und den ausländischen Gästen den Besuch des weltbekannten Münchner Oktoberfestes als Ausdruck des bayrischen Lebensstils par excellence erlauben. Hier ausgelassene Fröhlichkeit auf dem Festgelände, der



Vis-à-vis von der Tagungsstätte erinnert eine Tafel an Willii Graf, der im Kampf gegen den Nationalsozialismus sein Leben lassen musste

„Wies´n“, mit Bierzelten, Karussells, Shows und weiteren Attraktionen für Jung und Alt. Dort – in den Räumen der Kath. Akademie im Stadtteil Schwabing – ernsthaftes Ringen um die beste Politik nach dem enttäuschenden Wählervotum für die Union aus CDU und CSU bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag am 24. September.

Bei allem Frust über den Verlust von 2,5 Mio. Erst- und fast 3 Mio. Zweitstimmen gegenüber 2013 beließen es die als Redner geladenen Spitzen-Politiker der Christlich Sozialen Union nicht bei einer Analyse der Wahlschlappe, die nun das Zusammengehen mit weiteren Parteien auf Bundesebene unausweichlich macht. Es bestand Einigkeit darin, dass die Sorgen eines Bevölkerungsteils, der enttäuscht zu einer Partei am rechten Rand abgewandert ist, künftig in ganz Deutschland größere Beachtung verdienen. Und: Dass vorrangig die innere und äußere Sicherheit zu stärken ist, wenn das Vertrauen möglichst aller Bürger in den Staat wiedergewonnen werden soll!

Entsprechend dem Profil der Veranstalterin EUROPÄISCHE SENIOREN-UNION in Verbindung mit der CSU-SENIOREN-UNION und dem Tagungsthema hatten alle Vorträge und Diskussionen zugleich die Verantwortung für die Zukunft der Europäischen Union in Frieden, Freiheit und Demokratie im Blick.



*Dr. Thomas Goppel, Elke Garczyk, Prof. An Hermans
und Prof. Ursula Münch (v.l. n. r.) im Gespräch*

ESU-Präsidentin **em. Prof. Dr. An Hermans (BE)** lieferte dafür den Auftakt mit einer Rede, in der sie den „Dienst am Mitbürger“ als vorrangigen Auftrag allen politischen und gesellschaftlichen Handelns bekräftigte. Die ESU mit ihren Mitgliedsverbänden sei darin ausdrücklich eingeschlossen, so An Hermans. Die Palette der Handlungsfelder reicht von der Abwehr des Terrorismus über die Gestaltung des Klimawandels und der Digitalisierung bis

hin zur wirtschaftlichen und sozialen Wohlfahrt. Die Gestaltung Europas verlange auch Visionen; mit „ein paar Maßnahmen“ sei es nicht getan. (*Wortlaut der Rede siehe Anlage 1*)

Dr. Thomas Goppel, Vorsitzender der CSU-Senioren und Staatsminister a.D., sieht Europa in der Rolle eines „Federführers“ in der Menschenrechtsdebatte. Das Vermächtnis Schumans, Adenauers, De Gaulles, de Gasperis, Monets und anderer Vorkämpfer der europäischen Integration sei aktuell wie ehemals; diese visionären Politiker machten sich von Anfang an das gemeinsame Erbe Europas zu eigen: die griechische Philosophie, das lateinische Recht, die Aufklärung und das christliche Menschenbild, das den Menschen als Maß allen Handelns sieht.



Prälat Dr. Lorenz Wolf und Stellv. CSU-Generalsekretär Markus Blume

Goppel ist sich sicher, dass gemeinsames Tun die Zukunft Europas gestalten kann, wie es dem französischen Präsidenten Macron vorschwebt.

Für **Markus Blume**, Mitglied des Bayerischen Landtags und Stellv. Generalsekretär der CSU, ist der „Ordnungsdreiklang“ aus offenem Europa, freiheitlich-liberaler Demokratie und sozialer Marktwirtschaft gegen Angriffe von außen zu verteidigen. Ein „Mehr an Freiheit“ müsse einhergehen mit der Befähigung der Bürger, sich neuer Technologien wie etwa der Digitalisierung zu bedienen. Blume, der auch Vater des CSU-Grundsatzprogramms ist, erwartet von einer „Europäischen Ordnung“ Regelungen für eine Vielzahl von Themen. Dazu gehören nach seiner Meinung Wege zur Lösung der Syrienkrise.

Weitere Länder in die EU zu holen, wie es EU-Kommissionspräsident Jean Claude Juncker vorschlägt, lehnt er ab. Für den von Macron beschworenen „Europäischen Geist“ könne er sich erwärmen, wie er auch das „Erzählen von Erfolgsgeschichten“ befürwortet. Die Sicherung der europäischen Außengrenzen sei „besser als die zwischen Österreich und Bayern“. Dazu sei im Rahmen einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik eine

„wirksame Europäische Eingreiftruppe“ nötig. Ein vereintes Europa „müsse sich in den Dienst der Bürger

stellen und nicht umgekehrt“. Das gelte auch für die Wahrnehmung wirtschaftlicher Interessen Europas. Der Forderung, EU-Mitgliedsstaaten für ihre Entwicklung „zwei Geschwindigkeiten“ einzuräumen, begegnet Blume mit Sympathie.

Prof. Dr. Ursula Münch, Direktorin der Akademie für Politische Bildung in Tutzing, sieht die Handlungsfähigkeit der EU angesichts globaler Herausforderungen überwiegend kritisch. Ihre Analyse der geopolitischen Interessen von NATO und EU seit 1990 kommt zu dem Schluss, dass der Kraft-, Geld- und Zeitaufwand zur Eingliederung weiterer Partner in die Bündnisse „keine Erfolgsgeschichte“ sei. Die EU habe inzwischen an Bedeutung gewonnen, aber „ihr positives Echo bei den Bürgern etwas verloren“. Die Sicherheitsbedenken der baltischen Staaten seien von ihrer Lage her durchaus verständlich. In der „Flüchtlingspolitik“ rät die Wissenschaftlerin, sich auf die Lage in den Herkunftsstaaten, die Errichtung von Auffangstationen in Afrika und auf die „Transitländer“ zu konzentrieren.

Da sich einige Staaten mit Souveränitätsverlusten schwertun, sei das Zusammenwirken in der Sicherheits- und Außenpolitik unerreichbar und die globale Verantwortung der EU nicht wahrzunehmen. Prof. Münch plädiert für eine Diskussion von Macrons Vorschlägen zur Stärkung der EU innerhalb der Länder und „nicht unbedingt durch die Europäische Kommission“. Sie spricht sich für „Anpassungsreformen“ aus; „Durchwursteln“ sei nicht per se etwas Schlechtes. Eine grundsätzliche Lösung der anstehenden Probleme sieht sie nicht.



Blick in das Plenum während des Vortrages von Prof. Dr.Münch

Prälat Dr. Lorenz Wolf, Leiter des kath. Büros in Bayern, stellt fest: Veränderung vollziehen sich jetzt schneller als je zuvor. Beispiele seien Wissensspeicherung, die Revolution in der Kommunikation und soziale Prozesse. Was die Biomedizin alles bringt, bliebe abzuwarten.

Auch für die Kirche(n) gelte: Wer in Not ist - etwa durch Krieg, Hunger, Verfolgung - , der darf kommen. Der Barmherzige Samariter aus dem Neuen Testament habe es vorgemacht, dass Hilfe (zuweilen) trotz Bedenkens unverzichtbar, alternativlos ist. „Kirchenasyl“ könne aber nicht ohne Prüfung des Einzelfalls gewährt werden. Was das Staat-Kirche-Verhältnis angeht, so hält er es mit der in Deutschland üblichen „freiwilligen Kooperation im Interesse des Gemeinwohls“. Diese bewährte Form des Miteinanders sollte den Bürgern erläutert werden, um – auch aus eigenen Reihen kommende - Bedenken auszuräumen.

Dr. Wolf, der auch Vorsitzender des Bayerischen Rundfunkrates ist, gab die Empfehlung, „noch besser zu lernen, was die Moslems gewohnt sind“. Nur so könne man – um ein Beispiel zu nennen – dahinterkommen, warum manche Vorschulkinder gegenüber der Kindergärtnerin nicht den Mund aufmachen, bevor es ihnen die Eltern erlaubt haben...

Bernd Posselt, Präsident der Paneuropa-Union Deutschland, betonte, dass die „Europäer mehr eint als trennt“.

Auf die (bereits von Dr. Goppel zitierten) „drei Wurzeln Europas auf Dauer“ und die Geschichte der Paneuropa-Bewegung eingehend, stellt er fest: Die traditionelle Kulturgemeinschaft der Europäer „muss mit dem Willen zur Geschlossenheit verbunden werden“. Es sei immer noch beklagenswert, dass deutsche und französische Soldaten des 1. Weltkrieges „mit Goethe und Moliere auf den Lippen gegeneinander Krieg geführt haben“.



Bernd Posselt gehörte zwei Jahrzehnte lang dem Europäischen Parlament an und ist nach wie vor in Brüssel und Straßburg als Berater gefragt. Er engagiert sich als Bundesvorsitzender der Sudetendeutschen Landsmannschaft für die Aussöhnung der Tschechen und Deutschen.

Mit Staatsminister **Joachim Herrmann** nahm einer der Initiatorin der CSU-Senioren-Union das Wort. Bei der Bundestagswahl war er Spitzenkandidat der CSU. „Das Recht auf Sicherheit ist eines der wichtigsten des Staates“, erklärte er, und in Bayern werde dieses „Gewaltmonopol“ konsequent durchgesetzt. München unterscheide sich daher in der Zahl der Straftaten und der Aufklärungsquote erheblich von den anderen Millionenstädten in Deutschland wie Berlin, Hamburg und Köln. Der Freistaat Bayern ist das sicherste deutsche Bundesland. Es zahle sich aus, dass die Ausstattung der Polizei fortwährend den Bedürfnissen angepasst wird. Dadurch könne illegaler Zuwanderung durch Grenzkontrollen wirksam begegnet werden. Erstaunen versetzte die Information, dass im ersten Halbjahr an bayerischen Grenzen „mehrere Hundert illegale Zuwanderer abgewiesen und 1100 nach deutschem und europäischem Recht Straffällige festgenommen wurden“. Unter Applaus sagte Herrmann. „Die Zukunft der EU funktioniert nur, wenn sich alle an die Spielregeln halten!“ Verbesserungen wie z.B. im Rentensystem und bei der Abwehr von Armut im Alter seien in Deutschland nur bei einer stabilen Regierung zu erwarten. An die Konferenzteilnehmer und speziell die Repräsentanten der ESU wandte sich Herrmann mit der Bitte, ihr gesellschaftliches Engagement fortzuführen.



*Joachim Herrmann, Bayerischer Staatsminister für Inneres, Bauen und Verkehr
sowie Markus Ferber (v.l.), Landesvorsitzender der Europa-Union Bayern*

Für **Heinz K. Becker** MEP, ESU-Vizepräsident und Generalsekretär des Österreichischen Seniorenbundes, steht fest, „dass in Deutschland die ängstlichen Bürger den Wahlausgang entschieden haben“. Ihre Bedenken sind ernst zu nehmen, zugleich ihre Lügen und Halbwahrheiten zurückzuweisen. Er brachte in Erinnerung, dass Österreich, Deutschland und Schweden in den letzten Jahren die meisten Flüchtlinge aufgenommen haben. Auch vor den Parlamentswahlen in seinem Land am 15. Oktober spielte das Thema „Migration und Sicherheit“ die Nr. 1 in den Diskussionen. Für Sebastian Kurz, den Außenminister, neuen Vorsitzenden der Volkspartei und deren Spitzenkandidat, sind Reformen der EU unerlässlich. So setze er sich für Subsidiarität ein, wonach nur das Länderübergreifende in Brüssel bzw. Straßburg zu entscheiden ist.



Am Rande der Konferenz gönnen sich die ESU-Vizepräsidenten Heinz K. Becker (Österreich) und Elke Garczyk /DE/Bayern) „a Maß“ Bier

Becker stellte mit Genugtuung fest, dass „in Europa in den letzten Monaten so viel in Gang gekommen ist wie in den vergangenen zehn Jahren nicht“. So seien die Planungen für eine Verteidigungsunion und ein gemeinsames Finanzsystem auf gutem Weg. Weitere Beispiele: Aktualisierung des Asylwesens, die Unterstützung von Frontex, Sicherung des Lebensmittel- und Energiebedarfs innerhalb Europas... Die Bewältigung der anstehenden Probleme setzt das Zusammenwirken der EU-Mitgliedsstaaten unbedingt voraus. Weitgehend vergessen sei, dass die EU die Banken-, Finanz- und Währungskrisen der letzten Jahre gemeistert hat und sich somit als stärker erwiesen hat als von vielen Bürgern angenommen.

Mit Leidenschaft setzt sich Becker für eine Art „Marshall-Plan“ nach US-Vorbild aus den ersten Nachkriegsjahren ein, mit dessen Hilfe in Afrika die Fluchtursachen schrittweise bekämpft werden könnten! Dazu gehört die Förderung der Frauenrechte, die Gründung von Kleinlandwirtschaften und die massive Verbreitung des Internets.

Markus Ferber MdEP, Vorsitzender der CSU Südschwaben und Landesvorsitzender der Europa-Union Bayern, widmete sich dem Umgang mit persönlichen Daten und der Grenzsicherung. In Deutschland „werden wir bei der Inneren Sicherheit mit unserem Föderalismus nicht weiterkommen“, erklärte er. Defizite sieht er darin, dass Daten nicht die erforderliche Qualität aufweisen, an falscher Stelle gespeichert oder nicht abgerufen werden. Die „Datentöpfe“ müssten innerhalb des Landes und darüber hinaus miteinander verbunden werden. Vorbehalte einiger Staaten stehen dieser Regelung bisher im Wege. Ein einheitliches Ein- und Ausreisensystem werde im Europaparlament seit einem Jahr kontrovers diskutiert; nach Auffassung einiger Staaten stehe es im Gegensatz zum Recht auf Freizügigkeit. Erforderlich sei ebenso ein einheitliches europäisches Asylrecht, das für Deutschland mit Art. 16a des Grundgesetzes geregelt ist.

Ferber verwies darauf, dass das Abkommen von Schengen auch den Schutz der EU-Außengrenzen beinhaltet, die Seegrenze Griechenlands eingeschlossen. Dass die EU-Kommission entgegen früherer Vorbehalte jetzt die von der CSU vorgeschlagene „Schleierfahndung“ (Kontrollen verdächtig

erscheinender Personen in grenznahen Räumen) ausdrücklich empfiehlt, ginge in die richtige Richtung, Die sogenannte „polizeiliche Nacheile“ (Verfolgung von Straftätern bei Dringlichkeit auch im Nachbarland) ließe dagegen „noch auf sich warten“.

Defizite sieht Ferber auch in der Auswertung von Fingerabdrücken, bei der Abgleichung von Daten ehem. Straftäter und bei weiteren Schritten gegen professionell organisierte Schlepperbanden. Zusammenfassend betonte der Abgeordnete, er setze weiter große Hoffnung und Erwartung auf eine zeitgemäße Sicherheitsstruktur, die im Einklang mit den Visionen der EU-Gründerväter allen Bürgern ein Leben in Freiheit, Frieden und Sicherheit gewährleistet.

Organisatorin und Moderatorin Elke Garczyk, die auch Mitglied im Vorstand der CSU-Senioren ist, betonte zu Recht, dass die Redebeiträge und (hier nicht wiedergegebenen) Diskussionen dem großen Informationsbedarf der Bevölkerung aller Altersgruppen gerecht wurden und geeignet sind, gesellschaftliche Verantwortung im Sinne von Sicherheit und Vertrauen wahrzunehmen.



*Zu Gast im Franz-Josef-Strauß-Haus der CSU:
Präsidentin Hermans bei ihrer Schlussansprache*

ESU-Präsidentin Prof. An Hermans bekannte, München mit einer Vielzahl neuer Erkenntnisse - auch über die Komplexität der Herausforderungen und eingeleiteten Maßnahmen - zu verlassen. Sie rief die Gäste aus allen Generationen dazu auf, die Verlautbarungen der ESU wie Facebook., Website und diesen Newsletter für ihre Standortfindung und politische Tätigkeit im Ehrenamt zu nutzen.

Der am 1. Oktober weltweit begangene *Tag der älteren Menschen* sei ein guter Anlass, sich über erzielte Errungenschaften zu freuen und neue Herausforderungen, wie sie diese Tagung offenbarte, mit Elan anzugehen. Getreu dem Motto des diesjährigen Ehrentages „Talente ansprechen. Inklusion fördern“ erhob die Präsidentin in einer Mitteilung an alle ESU-Verbände die Forderung, „ein positiveres Bild der Senioren zu fördern und dabei ihre universellen Menschenrechte und ... die Kraft,

die von älteren Menschen für unsere Gesellschaft ausgeht, zu betonen, (des Weiteren) Altersdiskriminierung... zu bekämpfen.“ (Wortlaut dieses Statements siehe Anlage 2)

X

Der Tagung schloss sich eine Führung durch die Zentrale der Christlich Sozialen Union im Münchner Norden an, bei der **Günter Leinfelder**, Landesgeschäftsführer der Senioren-Union, mit den guten Arbeitsbedingungen seiner Kollegen vertraut machte. Ihnen stehen 7000 qm Fläche zur Verfügung. Die Kosten für den Erwerb des modernen Bürogebäudes mit dem Namen „Franz-Josef-Strauß-Haus“ wurden durch Verkauf des früheren CSU-Sitzes in der Innenstadt aufgebracht. Ulrich Winz

IMPRESSUM

Redaktion: Ulrich Winz (ulrich.winz@web.de)

**ESU: Rue de Commerce/Handelsstraat 10, 1000 Brussels; Tel.: +32 2309 2866;
Internet (Website): www.esu-epp.eu; E-Mail: esu@epp.eu; Facebook.com/esu.eu;**

Twitter:esu_epp

Redaktionsschluss: 1.10.2017

Eine englische Version ist in Vorbereitung

Bitte beachten Sie die beiden Anlagen !